

Von Potsdam nach Bonn
Wie wurde Deutschland gespalten?

Serie D:
Politische Probleme
unserer Zeit

2



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Was geschah nach dem Krieg?	1
Der Kontrollrat	2
Der Wandel westlicher Politik	3
Was soll aus Deutschland werden?	4
Moskau im Frühjahr 1947	5
Marksteine der Spaltung	5
Großkapital gegen deutsche Einheit	7
Die Kräfte gegen Deutschlands Spaltung regen sich	10
Londoner Empfehlungen, einseitige Währungsreform, Grundgesetz	11
Wie kam das Grundgesetz zustande?	12
Eine Chance für die deutsche Einheit	13
Die Entwicklung in Ostdeutschland	14
Der Hintergedanke der deutschen Spaltung	15

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeberkreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Hedderheimer Landstr. 78a, Telefon(0611)571051

Druck: F. Frey Eisen, Frankfurt am Main, Mainluststr. 13

Der Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR leitete eine neue Phase des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten ein. Die politische Wirklichkeit zwang Bonn zur Anpassung an die tatsächliche Lage in Europa. Noch aber weigert sich die Bundesrepublik, die vorhandenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, so wie sie wirklich sind, restlos anzuerkennen. Die Bundesregierung aus SPD und FDP hält z.B. noch „an der völkerrechtlichen Nichtanerkennung der DDR fest“. Genauso wirklichkeitsfremd ist die ständig vertretene These von „innerdeutschen Beziehungen“. Denn die DDR ist ein eigenständiger Staat und als industriell hochentwickeltes Land ein unübersehbarer Friedensfaktor in der Welt. Sie übt als sozialistisches Land eine wachsende Anziehungskraft aus. Das sind die Tatsachen. Deshalb ist auch die von Bonn immer wieder strapazierte Formel von der „Einheit der Nation“ nichts mehr als eine Fiktion.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die wieder stärker diskutierte Frage: Wie wurde Deutschland überhaupt gespalten?

Die Schuld für die Teilung Deutschlands wird in der BRD nach wie vor der Sowjetunion angelastet. Moskau habe angeblich, so wird meistens argumentiert, durch die „Bolschewisierung der sowjetischen Besatzungszone die Grundlagen der deutschen Einheit zerstört“.

Stimmen diese und ähnlich lautende Argumente aber auch mit den Tatsachen überein? Was geschah nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wirklich?

Was geschah nach dem Krieg?

Hitlerdeutschland lag 1945 am Boden. General-Feldmarschall Keitel unterschrieb in Berlin die Urkunde der bedingungslosen Kapitulation. Die führenden Staaten des Anti-Hitler-Bündnisses, UdSSR, USA, England und Frankreich, übernahmen die Macht in Deutschland. Die „großen Drei“ – Roosevelt, Stalin und Churchill – hatten sich bereits früher, in Jalta, über die Grundsätze ihrer Politik gegenüber Deutschland geeinigt. „Es ist unser unbeugsamer Wille“, so beschlossen sie auf der Krim, „den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören . . . Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten“, so hieß es weiter, „aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und ein Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“¹

Diese Grundsätze der Siegermächte enthielt auch das von ihnen auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) beschlossene Abkommen. Wichtig und hervorzuheben ist vor allem der Grundsatz: Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit zu betrachten und als Ganzes zu behandeln. Deshalb wurde die Errichtung von gesamtdeutschen zentralen Verwaltungsstellen mit Staatssekretären an der Spitze festgelegt.

Weiterhin bestimmte das Abkommen: die Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage. Dazu war nötig:

- die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands;
- die Vernichtung der NSDAP² und aller nazistischer Organisationen und Einrichtungen;
- die Aufhebung aller wichtigen Nazigesetze;
- die Verhaftung und Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher;
- die Entfernung aller aktiven Nazis, Nutznießer und Förderer des Nazismus und aller Militaristen aus dem öffentlichen Leben, aus leitenden Stellungen in Wirtschaft und Politik, ihre Ersetzung durch Demokraten;
- die Vernichtung der Kartelle, Syndikate und Trusts³.

Pläne zur Zerstückelung Deutschlands – so Churchills Idee, Deutschland staatlich in Nord und Süd zu trennen; das Verlangen französischer Staatsmänner, das linke Rheinufer „ein für allemal“ vom Reich abzuspalten; der Vorschlag des amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles, Deutschland in verschiedene Staaten aufzuteilen – scheiterten in Potsdam am Widerstand der Sowjetunion. Der amerikanische Admiral Leahy, der an den Verhandlungen teilnahm, berichtete später in seinen Erinnerungen: „Auf der Seite der Passiva ist zu buchen, daß unsere Vorschläge für die Zerstückelung Deutschlands und die Internationalisierung des industriereichen Rheinlandes der Ablehnung verfielen.“⁴

Potsdam brachte in der Tat am Ende eine Niederlage der westlichen Pläne, Deutschland zu spalten. Das Abkommen gab grünes Licht für eine bessere, demokratische Zukunft unseres Volkes. Es enthielt das Recht auf Selbstbestimmung und auf eine friedliche, unabhängige Entwicklung in der europäischen Völkerfamilie. Die Beschlüsse von Potsdam bildeten das völkerrechtlich verbindliche Dokument für eine gemeinsame Besatzungspolitik der Siegermächte und waren zugleich der Gradmesser für jede deutsche Nachkriegspolitik.

Noch standen diese Grundsätze allerdings nur auf dem Papier. Wie war ihnen Leben einzuhauchen?

Der Kontrollrat

Die Sicherung der in Potsdam gemeinsam beschlossenen Politik war die Aufgabe des Alliierten Kontrollrates. Er wurde aus den vier Oberbefehlshabern der Besatzungstruppen und ihren Stellvertretern gebildet. Verschiedene Stäbe mit Fachleuten ergänzten ihn. Dieser Kontrollrat besaß die Regierungsgewalt in Deutschland. Er hatte zugleich die Besatzungspolitik in allen Zonen aufeinander abzustimmen und auch durchzusetzen. Es ist üblich geworden, die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates von vornherein als unfruchtbar hinzustellen. Sein späterer Zerfall wird auf den Umstand zurückgeführt, daß eine Zusammenarbeit der Westmächte mit der Sowjetunion auf Grund der unterschiedlichen Auffassungen in fast allen Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens einfach nicht möglich

war. Ein solches Urteil mißachtet ganz offensichtlich die durchaus erfolgreiche Arbeit des Kontrollrates in der ersten Zeit seines Bestehens, etwa vom Sommer 1945 bis weit in das Jahr 1946 hinein. Trotz mancher unterschiedlicher Meinungen war innerhalb dieses Zeitraums zwischen den vier Siegermächten eine ersprießliche Zusammenarbeit durchaus möglich. Der Kontrollrat erließ eine Reihe von Gesetzen, Befehlen, Aufrufen und Weisungen. Er lenkte mit ihnen das Leben wieder in einigermaßen normale Bahnen. Das Gesetz Nr. 4 regelte zum Beispiel die demokratische Umgestaltung des Rechtswesens. Die Verordnung Nr. 29 bestimmte die Entfernung von aktiven Nazis und Militaristen aus allen öffentlichen Ämtern. Das Gesetz Nr. 9 verfügte die Beschlagnahme des Eigentums der IG Farben. Alle diese Maßnahmen dienten der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens.

Das Räderwerk des Kontrollmechanismus geriet später ins Wanken. Wie kam es dazu?

Der Wandel westlicher Politik

Das Anwachsen des sowjetischen Einflusses in der Weltpolitik nach 1945 war den verantwortlichen Politikern des Westens ein Dorn im Auge. Daß mehrere Staaten, vor allem Ost- und Südosteuropas, aus dem kapitalistischen System ausbrachen, erregte ihren Unwillen und versetzte sie in Unruhe. Die neue Welle nationaler Befreiungsbewegungen in den Kolonien bereitete ihnen ernsthafte Sorgen. Selbst in den eigenen Ländern gewannen die fortschrittlichen Kräfte – die Arbeiterparteien und Gewerkschaften – an Boden. In vielen Ländern entstanden antifaschistische Regierungskoalitionen unter Einschluß der Kommunisten. Diese Entwicklung in der Welt veranlaßte die westlichen Großmächte zu einer Überprüfung und Veränderung ihrer Politik.

Erste Ansätze dazu wurden unmittelbar nach dem Tode Roosevelts sichtbar. Roosevelt stand bis April 1945 als Präsident an der Spitze der USA. Harry Truman, sein Nachfolger, wollte den wachsenden Einfluß der Sowjetunion eindämmen und brechen. In diesem Bemühen fühlte er sich durch den Glauben bestärkt, Rußland militärisch überlegen zu sein. So erblickte die Politik des kalten Krieges das Licht der Welt. Die führenden Kreise in den USA und Großbritannien kalkulierten damals selbst das Risiko eines Krieges in ihre Pläne ein.

Der amerikanische Alleinbesitz der Atombombe spielte im Denken dieser Politiker eine wesentliche Rolle. Er gab ihnen das Gefühl der Übermacht. Sie glaubten, der ganzen Welt ein „pax americana“ aufzuzwingen zu können. Der Abwurf der ersten beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im Herbst 1945 war als eine militärische Demonstration gegenüber der Sowjetunion gedacht. Japan hatte den Amerikanern ja bereits die Kapitulation angeboten. Die USA erreichten mit dem Abwurf der Atombomben in der Tat keine militärischen Vorteile. Die toten Greise, Kinder und Frauen der beiden großen Städte waren die ersten Opfer des kalten

Krieges. Zu Recht verweist Robert Jungk in seinem Buch „Heller als tausend Sonnen“ darauf.

Was soll aus Deutschland werden?

Diese Wende in der Politik der Westmächte, die im Verlauf des Jahres 1946 immer sichtbarer hervortrat, blieb naturgemäß nicht ohne Einfluß auf das Geschehen in Deutschland. Der Westen sah in unserem Land mit seinen großen wirtschaftlichen und militärischen Kräften einen möglichen Verbündeten gegen die Sowjetunion. „Deutschland“, so schrieb Professor Dr. Matthias aus der Sicht des Jahres 1954 im „Neuen Vorwärts“, dem Zentralorgan der SPD, „sollte zu einem Bollwerk gegen Rußland werden!“⁵

Die Siegermächte standen sich an der Elbe gegenüber. Große Gebiete Deutschlands mit dem gewaltigen Potential des Ruhrgebietes waren in der Hand der Westmächte. Dieser Umstand bestimmte wesentlich ihren Kurs auf deutschem Boden. Wie sah er aus?

Ziel der amerikanischen Politik war nach Meinung von George S. Wheeler, einem ehemaligen Abteilungsleiter der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Verfasser des Buches „Die amerikanische Politik in Deutschland“, eine weitgehende Dezentralisierung (Aufspaltung) Deutschlands.

Diese Ansicht vertritt auch der Amerikaner Warburg in seinem Buch „Deutschland – Brücke oder Schlachtfeld“.⁶ Lassen wir einen einflußreichen Zeugen sprechen. Byrnes, amerikanischer Außenminister zu dieser Zeit, erklärte in einer Rede am 6. September 1946 in Stuttgart: „Das Ziel unserer eigenen Verwaltung sei, das Land politisch zu dezentralisieren und regionale Verantwortung zu entwickeln“.⁷ „Die Byrnes-Rede markiert den Wendepunkt der westalliierten Deutschlandpolitik“. So wertete Heinrich Jaenacke im „stern“ vom 1. März 1973 Byrnes Aktivitäten. „Amerikaner und Engländer entschlossen sich, auf eigene Faust zu handeln und ihr Stück Deutschland als Bollwerk gegen die Sowjets auszubauen.“

Byrnes Gedanken fanden bei seinen britischen Partnern offene Ohren und auch bald Widerhall. Das Ergebnis war die Zusammenlegung der amerikanischen und britischen Zone am 2. Dezember 1946 zur Bizone (Zweizone). Dieser Schritt des Westens war der erste schwere Schlag gegen die deutsche Einheit. Er unterhöhlte das Potsdamer Abkommen, das den völkerrechtlichen Anspruch Deutschlands auf seine Einheit enthielt. Bizonesien – so taufte der Volksmund dieses Gebilde – unterhielt eigene Verwaltungsorgane wie den Wirtschaftsrat, den Länderrat, das Oberste Gericht und die Länder-Unions-Bank. Alle Institutionen besaßen weitgehende politische und wirtschaftliche Vollmachten. Proteste der sowjetischen Stellen stießen auf taube Ohren. Die Westmächte überlegten bald neue Züge gegen die deutsche Einheit.

Moskau im Frühjahr 1947

Die sowjetische Hauptstadt rückte im Frühjahr 1947 ins Interesse der ganzen Welt. Moskau war Tagungsort einer Außenministerkonferenz. Wird das Treffen uns der Einheit näherbringen? Dieser Gedanke bewegte damals viele Deutsche.

Anfangs schien es so. Der Vertreter der UdSSR, Molotow, schlug die Einsetzung der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Staatssekretäre für ganz Deutschland vor. Der Vorschlag scheiterte jedoch an der Haltung der Westmächte. Er entsprach nicht ihren Vorstellungen. „Eine Einigung war in Moskau deshalb unmöglich“, erklärte der damalige amerikanische Außenminister Marshall nach seiner Rückkehr aus Moskau im Rundfunk, „weil nach unserer Ansicht die Sowjetunion auf Vorschlägen beharrte, durch die in Deutschland eine Zentralregierung errichtet worden wäre“.⁸ Moskau brachte kein Ergebnis. Das Treffen schlug fehl.

„Als unsere Delegation Moskau nach dem Fehlschlagen der Deutschlandkonferenz von 1947 verließ“, so berichtete später der langjährige politische Berater des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland, Robert Murphy, „vereinbarten die drei Westmächte mit den Westdeutschen die Errichtung der deutschen Bundesrepublik“.⁹

Der Westen begann mit der Verwirklichung seiner Politik, die wenig später John Foster Dulles, langjähriger Außenminister der USA, mit den Worten umschrieb: Westdeutschland müsse „ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zurückzieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen Gebieten unterminiert.“¹⁰ Tatsächlich wurde dieser Politik die Einheit Deutschlands geopfert. Der Graben mitten durch Deutschland wurde dieser Ziele wegen immer weiter vertieft.

Marksteine der Spaltung

1947, es war im Juni, hoben die Politiker in der Bizone den Wirtschaftsrat aus der Taufe und bezogen die westzonalen Gebiete in den Marshallplan ein. Das war ein neuer Schritt auf dem Wege von Potsdam nach Bonn. Lucius D. Clay, der als Hoher Kommissar der USA maßgeblich am Bau eines „westlichen“ Deutschlands beteiligt war und insofern ein Kronzeuge ist, gliedert in seinem Buch „Entscheidung in Deutschland“ den Wandel der westlichen Besatzungspolitik in drei Abschnitte: „Byrnes Vorschlag, die Zonen wirtschaftlich zu verschmelzen, wurde von Großbritannien am 30. Juni 1946 angenommen. Damit begann der zweite der drei Abschnitte, in denen sich der politische Wiederaufbau Deutschlands vollzog. Der erste hatte dem Wiederbeginn des politischen Lebens innerhalb der (amerikanischen – d.Verf.) Zone gegolten, der dritte hatte die Bildung der westdeutschen Regierung zum Ziel“.¹¹ Die Zerreißung Deutschlands ist also für Clay gleichbedeutend mit dem „politischen Wiederaufbau“.

Weitere Marksteine auf dem von Lucius D. Clay gezeichneten Weg waren zunächst die Londoner Konferenzen.

1947, es war diesmal im November, kam der Rat der vier Außenminister erneut zusammen. Ort des Treffens war London. Wiederum stand die Deutschlandfrage zur Debatte. „Die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung darf nicht länger hinausgeschoben werden.“¹² Hartnäckig beharrte Molotow als Vertreter der UdSSR auf diesem Standpunkt. Er stellte den Antrag: „Der Außenministerrat hält Vorschläge, Regierungen dieser oder jener Zonen Deutschlands zu bilden, für falsch, weil das den Ansichten der Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Frankreichs widerspricht, die es für notwendig halten, eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die Deutschland als einen einheitlichen, demokratischen Staat vertritt.“¹³

Die drei Westmächte widersprachen erneut dieser Ansicht und lehnten jede Übereinkunft dieser Art rundweg ab. Wiederum verlief die Außenministerkonferenz ergebnislos. Der amerikanische Außenminister Marshall kehrte London noch vor seinen Gesprächspartnern am 15. Dezember 1947 den Rücken. Das Viertreffen platzte. Damit hörte der Rat der Außenminister auf zu existieren. „Wir sind am Ende der Straße angelangt. Das Zeitalter von Jalta ist vorbei“, so berichtete die einflußreiche amerikanische Zeitung „New York Herald Tribune“ damals ihren Lesern und fuhr fort, „die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen.“¹⁴ Deutschland wurde von da an endgültig zur Arena des kalten Krieges. „Jeder, der dabei war“, so erklärte General Clay – US-Hochkommissar in Deutschland – „sah, daß jetzt ein Kampf begonnen hatte, der zwar nicht mit Waffen, wohl aber mit wirtschaftlichen Mitteln, mit Ideen und Idealen ausgetragen werden mußte“.¹⁵

Wenige Monate später machte London als Tagungsort einer Konferenz der westlichen Außenminister mit Vertretern aus Belgien, Holland und Luxemburg erneut Schlagzeilen in der Weltpresse. Worüber wurde auf dieser Tagung beraten?

Über die Gründung eines westdeutschen Staates. Die deutsche Einheit auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens wurde offiziell von westlicher Seite begraben. Der Alliierte Kontrollrat, bisher Zeichen gemeinsamer Besatzungspolitik der Siegermächte in Deutschland, brach am 20. März 1948 auseinander. Die Verwaltungsorgane der Bizone wurden inzwischen durch eine Erklärung der anglo-amerikanischen Militärregierungen in eine Art Regierung mit Gesetzgebungsbefugnis ausgebaut. „Wir hatten zwar keine Regierung, aber doch einen Regierungsapparat“, schrieb Lucius D. Clay in seinen Erinnerungen.¹⁶ Das Gebäude eines westdeutschen Staates wuchs aus dem Stadium der Projektierung heraus und nahm reale Gestalt an.

Großkapital gegen deutsche Einheit

Wie verhielten sich die deutschen Politiker aus dem bürgerlichen Lager? Sahen sie die aufziehenden Gefahren für unsere Nation? War die Spaltung Deutschlands wirklich nur auf Spannungen zurückzuführen, „die zwischen den Siegermächten entstanden sind“, wie Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 behauptete?

Gewiß, etwas Wahres ist daran, wir sahen es ja! Aber Adenauer spricht weniger als die halbe Wahrheit aus! Er bleibt mit seiner Erklärung nur an der Oberfläche haften. Was führte dann zu den Spannungen? Wir fassen nochmals zusammen: Das Verlassen der gemeinsam vereinbarten Beschlüsse von Potsdam durch die Westmächte, der Wandel in ihrer Besatzungspolitik gegenüber Deutschland zugunsten eines separaten Staates als Ausdruck ihres Bemühens, die Sowjetunion zu schwächen, schufen die Gefahr der Spaltung für unser Land!

Führende Politiker des deutschen Großkapitals betrachten das Potsdamer Abkommen in der Regel als glücklicherweise in der Versenkung verschwundenes Schreckgespenst vergangener Jahre. Adenauer verriet seinem Leibjournalisten, Ernst Friedländer, einmal: „Ich habe auch meinen Alpdruck, er heißt Potsdam“.¹⁷ Wer aber hatte Potsdam zu fürchten? Wir Deutschen allesamt?

Die Beschlüsse von Potsdam waren keine Verbotstafeln für ein neues und besseres Leben unseres Volkes in Frieden und Freiheit. Allerdings tasteten sie teilweise sogar entscheidende Rechte der im Dritten Reich einflußreichen Leute wie Krupp, Flick, Abs, Thyssen und anderer Großkapitalisten und Kriegsverdiener an. Das Potsdamer Abkommen enthielt Bestimmungen, deren Verwirklichung bei uns nicht zu dem Zustand geführt hätte, den das Grundsatzprogramm des DGB ausdrücklich in seiner Präambel verurteilt: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmer sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort.“¹⁸

Die Tinte, mit der die Siegermächte das Potsdamer Abkommen unterschrieben hatten, war noch nicht trocken, da trat Adenauer schon mit einem Vorschlag auf die politische Bühne. „Das beste wäre“, so empfahl er damals den Westmächten, „sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden und ihn wirtschaftlich so eng wie möglich mit Frankreich und Belgien zu verflechten.“¹⁹

Adenauer wollte wirklich Deutschland spalten! 1954, also schon nach der Gründung der Bundesrepublik, äußerte er in Brüssel zu Mendes France, dem französischen Ministerpräsidenten: „Vergessen Sie nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht.“²⁰

Diese Ansichten wurden mit der Abkehr der Westmächte von den Pots-

damer Grundsätzen immer mehr Allgemeingut der entscheidenden deutschen bürgerlichen Politiker. So sprach sich zum Beispiel der Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Zone, führendes Mitglied der CDU und ehemaliger Großgrundbesitzer in Pommern, Hans Schlange-Schöningen, Mitte Mai 1946 in einer Denkschrift an die britische Militärregierung ebenfalls für die unmittelbare staatliche Zusammenfassung der drei Zonen aus. Er schrieb darin, es sei jetzt „notwendig, die drei Westzonen im Sinne einer zielklaren Weltpolitik unter einer deutschen Zentralregierung mit Exekutivgewalt zu organisieren und damit einen wirtschaftlich gesunden und gefestigten Block gegen die russischen Bestrebungen zu schaffen, der einen festen Anschluß an die westeuropäische Kultur und Politik findet.“²¹

Hallstein, der als außenpolitischer Ratgeber Adenauers eine wichtige Rolle spielte, hat später wiederholt erklärt – ausführlich auf dem CDU-Parteitag 1965 –, die CDU habe von den drei Möglichkeiten, die nach 1945 bestanden hätten, mit dem Westen, mit dem Osten zu gehen oder ein neutralisiertes, abgerüstetes Gesamtdeutschland zu wählen, sich bewußt für den Anschluß an den Westen entschieden. Diese Ansichten gewannen vor allem nach der Außenministerkonferenz der Westmächte in London immer mehr Anhänger im führenden Lager bürgerlicher Politiker der CDU/CSU und FDP. Woraus ist das zu erklären?

Die Großkapitalisten und ihre politischen Manager witterten wieder Morgenluft. Zunächst hatte Furcht vor Strafe für ihre Rädelsführerschaft hinsichtlich der Nazi Herrschaft und des Krieges viele von ihnen nach 1945 in den Untergrund getrieben. Der Dschungel der Nachkriegswirren gewährte ihnen Unterschlupf. Das „große Donnerwetter“, die erwarteten Maßnahmen gingen im wesentlichen an den Herren der Industrie und Banken vorbei, ohne tiefere Spuren zu hinterlassen.

Der Wandel in der Politik der westlichen Besatzungsmächte erweckte in ihnen neue Hoffnungen. Dieser Kurswechsel brachte ihnen unmittelbare Vorteile. Die Großkapitalisten aus dem Westen und ihre Vertreter in Deutschland schonten die deutschen Großkapitalisten. Sie gaben ihnen sogar in den Westzonen schrittweise die Schalthebel der Wirtschaft und Politik in die Hände.²² Dazu stellte der Parteivorstand der SPD der drei Westzonen bereits am 25. September 1946 fest: „In der Politik, in Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die Deutschland zu den heutigen Zuständen geführt haben.“²³ Der Preis dafür war der Verzicht des Großkapitals auf die deutsche Einheit zugunsten eines engen Bündnisses mit den Westmächten gegen die Sowjetunion. Diesen Preis zahlten die deutschen Großkapitalisten bereitwillig. Und warum? Weil die Waage der Macht in der Welt und in Deutschland sich zu ihren Ungunsten neigt. Weil sie die Auseinandersetzung mit den Demokraten und ihren Organisationen in einem einheitlichen Deutschland fürchteten. Weil sie schließlich ihre Macht nur mit Hilfe der kapitalistischen Westmächte in deren Besatzungsbereich wieder zu errichten und auszubauen vermochten. Deshalb traten die deutschen Großkapitalisten auch gegen die Beschlüsse von Potsdam auf. Aus diesem Grund unterstützten sie bereitwillig und aktiv die Maßnahmen der Westmächte gegen die deutsche Einheit.

Ihre Spekulation ist ja auch aufgegangen. Heute sitzen bei uns die Großkapitalisten doch alle wieder obenauf, besitzen sie mehr Macht als je zuvor!

Verzichteten die bürgerlichen Politiker des Großkapitals für ewig auf die Gebiete jenseits von Elbe und Oder-Neiße? Diese Absicht hatten sie nie. „Die CDU wird“, so hieß es schon 1946 in einem Dokument dieser großbürgerlichen Partei, „immer wieder mit Nachdruck die Forderung auf Rückgabe der Ostprovinzen erheben“.²⁴ 1948 meldete Adenauer öffentlich einen „Anspruch auf Ostdeutschland“ an.²⁵

Und wie sollte das geschehen? Der beste Weg, um den deutschen Osten zurückzugewinnen – so erklärte Adenauer in der Zeitung „Daily Mail“ vom 11. Februar 1952 – sei die Wiederbewaffnung (West-) Deutschlands, wobei er als den deutschen Osten nicht nur die DDR, sondern auch das Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ansah.

Die bürgerlichen Politiker in Westdeutschland hofften, mit Hilfe der westlichen kapitalistischen Staaten ihre Ziele später durchzusetzen. Deshalb unterstützten sie aktiv auch die Maßnahmen der westlichen Alliierten und deren Kurs auf die Spaltung Deutschlands. Nur wenige von ihnen leisteten Widerstand. Der Ausbau der „Zwei-Zonen-Körperschaft“ zu regierungsähnlichen Organen im Februar 1948 „ging weitgehend auf deutsche Anregungen zurück“, schrieb Wilhelm Dörr, ehemals leitender Beamter des Wirtschaftsrates.²⁶ Einflußreiche Vertreter der Westmächte ermunterten sie hierbei und sprachen ihnen Mut zu. Die Rettung Deutschlands liegt in Ihrer Hand“, so rief der britische Militärgouverneur, Sir Brian Robertson, im nordrhein-westfälischen Landtag aus, „Sie können sie erzielen“, so fuhr er fort, „oder Sie können sie von sich werfen. Haben Sie Mut, und Sie werden sie erzielen. Gehen Sie vorwärts in dem Entschluß, für den größten Teil Ihres Vaterlandes, der auf der rechten Seite des Eisernen Vorhanges liegt, das beste zu erzielen. Wir bieten Ihnen unseren guten Willen und unsere Zusammenarbeit.“²⁷

Ein Appell Karl Arnolds, des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, vom 25. März 1948 an alle vier Besatzungsmächte, den Weg für die staatliche Einheit Deutschlands freizugeben, mußte bei diesen Leuten zu dieser Zeit schon als eine Donquichotterie erscheinen. Er blieb selbst bei seinen Freunden aus der CDU ungehört. Adenauer, damals bereits Vorsitzender der CDU, erklärte am 1. April 1948 auf einer Vorstandssitzung der CDU in der britischen Zone dazu unmißverständlich, „daß die deutsche Einheit vom Westen her wieder aufgebaut werden müsse“.²⁸ „Meine Damen und Herren“, so argumentierte er dann nochmals sehr massiv vor einem ausgewählten Gremium westdeutscher Politiker, das eine Verfassung auf Anweisung der westlichen Besatzungsmächte ausarbeiten sollte, am 1. September 1948 in Bonn, „einmal muß ein Anfang gemacht werden, und einmal muß Schluß sein mit dem ewigen Weiterwursteln und Auseinanderfallen. Wir gehen an unsere Arbeit in der festen und unerschütterlichen Absicht, auf diesem Wege wieder zur Einheit von ganz Deutschland zu gelangen“. „Es ist äußerst fraglich“, so interpretierte 25

Jahre später der „stern“ Adenauers Ausspruch, „ob Konrad Adenauer selbst an diesen Satz geglaubt hat. . . Der Satz sollte die Gründerväter der Republik (BRD – d.Verf.) vom Vorwurf der Spaltung freisprechen.“²⁹

Die Kräfte gegen Deutschlands Spaltung regen sich

War Arnold nur ein Rufer in der Wüste? Nahm unser Volk diese Politik ruhig hin? Nein! Schon Mitte 1946 waren aus dem Osten unseres Landes Stimmen gegen die wachsenden Gefahren der Zerreißung Deutschlands zu hören. Anfang 1947, am Vorabend der Moskauer Außenministerkonferenz, schlug die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) die Durchführung eines Volksentscheides über die Bildung eines deutschen Einheitsstaates vor. Bürgerliche Persönlichkeiten der Ostzone hatten ähnliche Ideen der Öffentlichkeit unterbreitet. Diese Politiker traten für die Bildung einer nationalen Vertretung aus den Reihen aller deutschen Parteien ein. Die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone wollten über diese Gedanken und Vorschläge mit ihren westdeutschen Partnern im Juli 1947 in München verhandeln. Die Initiative zu dieser Zusammenkunft ging von Bayerns Ministerpräsidenten Ehard aus. „Zuvor hatte er dem mißtrauischen General Clay versprechen müssen, daß politische Fragen von den Deutschen nicht erörtert werden würden. Die fünf Länderchefs der Ostzone kamen“ so schildert der „stern“ (8.3.1973) dieses Treffen. „Aber sie verlangten, daß als Punkt I der Tagesordnung, die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates‘ behandelt werde. Ehard lehnte mit Hinweis auf das amerikanische Verbot ab. Auch die Vertreter der französischen Zone erklärten, sie dürften über solch brisante Dinge nicht reden. Da baten die Ostzonen-Sprecher, wenigstens in einer einseitigen Erklärung ihren Standpunkt verlesen zu dürfen. Auch das wurde abgelehnt. Darauf reisten die Ministerpräsidenten von Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen wieder ab.“

Ende 1947, als die Teilung Deutschlands immer mehr Gestalt annahm, machten die politischen Repräsentanten der Ostzone einen neuen Vorschlag. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die beiden Vorsitzenden der SED, luden zu einem deutschen Volkskongreß für „Einheit und gerechten Frieden“ ein. Die CDU/CSU, die FDP und SPD der Westzone machten es sich sehr leicht, indem sie diesen Volkskongreß und die daraus entstandene Bewegung als „kommunistisches Manöver“ bezeichneten und ihren Mitgliedern eine Teilnahme daran untersagten. Die westlichen Besatzungsmächte verboten 1948 in ihrem Bereich sogar die Volkskongresbewegung.

Als auf Anweisung der Militärregierung der Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat gebildet wurde – dessen Abgeordnete nicht gewählt, sondern von den Landtagen ernannt wurden – wandte sich Max Reimann namens der Kommunisten an das Gremium, es möge beschließen, „die Abgeordneten treten für eine gesamtdeutsche Regierung ein, die sich aus Vertretern aller demokratischen Parteien und der Gewerkschaften zusammensetzt.“

Keiner der nichtkommunistischen Abgeordneten bekannte sich zu diesem Antrag. Diese Tatsache kennzeichnet das Verhalten der damaligen westdeutschen Politiker zur deutschen Einheit.

Ungeachtet dessen trafen sich viele Anhänger der Volksbewegung aus allen Teilen Deutschlands am 19. März 1948 auf dem Deutschen Volkskongreß in Berlin und sprachen über Wege zur deutschen Einheit. Der Volkskongreß schlug die Durchführung eines Volksbegehrens vor, mit dem Ziel, zu einem Volksentscheid für die deutsche Einheit zu kommen. Das Volk sollte selbst in einer Abstimmung über das weitere Schicksal Deutschlands entscheiden.

Die Bevölkerung der Ostzone stimmte in diesem Volksbegehren für die deutsche Einheit. Der Bevölkerung in den Westzonen wurde eine Abstimmung untersagt. Die Besatzungsmächte duldeten kein Volksbegehren. Maßgebende Politiker der bürgerlichen Parteien und auch der SPD, wie Konrad Adenauer (CDU), Josef Müller (CSU), Heinrich von Brentano (CDU) und Carlo Schmid (SPD) halfen den Militärregierungen dabei, indem sie die Volksbefragung als „Täuschung“, „Mißbrauch nationaler Empfindungen“ und „Versuch eines Schwindels“ charakterisierten. Eine Chance, unser ganzes Volk für ein Bekenntnis zur Einheit unseres Vaterlandes zu gewinnen, wurde vertan.

Londoner Empfehlungen, einseitige Währungsreform, Grundgesetz

Bald zogen neue Gefahren für die deutsche Einheit herauf. Am 7. Juni 1948 wurde die Bevölkerung durch eine wichtige Nachricht überrascht. Die Westmächte hatten im Ergebnis ihrer Verhandlungen die „Londoner Empfehlungen“ erlassen. Wie sahen sie aus? Sie gaben die Weisung zur Bildung eines westdeutschen Bundesstaates. Dieser Staat sollte fest im Bündnisystem der Westmächte verankert sein. Das waren die Kerngedanken des Dokuments.³⁰ Obwohl in diesem Dokument auch von Deutschland als Ganzes geredet wurde, ging es in den praktischen Maßnahmen darum, Deutschland politisch zu spalten. Selbst Politiker aus den Reihen der westdeutschen CDU waren unwillig über diesen Beschluß. „Der Berliner Bürgermeister, Dr. Friedensburg (CDU), sagte“, so schrieb der „Tagesspiegel“ vom 8. Juni 1948, „er sei über den Wortlaut des Londoner Kommuniqués ‚tief erschrocken‘. Er gab ‚seiner Sorge‘ Ausdruck, daß durch den ‚ehrlich erhofften Versuch einer Staatskonstruktion für Westdeutschland‘ die Teilung Deutschlands besiegelt wäre.“

Den Worten des Dokumentes folgte bald die Tat. Die Westmächte vollzogen nur wenige Tage später eine Handlung größter Tragweite. Ihre Vertreter befahlen am 18. Juni 1948 die Durchführung einer selbständigen Währungsreform in den Westzonen. Das war der bisher folgenschwerste Schritt zur Zerstörung eines einheitlichen deutschen Wirtschaftskörpers. Die Grenze zwischen den Westzonen und der sowjetischen Besatzungszone erhielt mit der Währungsspaltung von da an den Charakter einer Grenze zwischen zwei Wirtschaftsgebieten.

Der Westen war bei der Herauslösung von einzelnen Zonen aus dem bis dahin einheitlichen Deutschland „vorangegangen“. Schritt für Schritt schuf er Gesetzgebungskörperschaften und Länderverfassungen. Nun vollzog er die wirtschaftliche Trennung Deutschlands. Es fehlte zur Vollendung der Spaltung nur noch eine Verfassung und Regierung für das westdeutsche Gebiet. Dieser „Mangel“ wurde bald „beseitigt“.

Wie kam das Grundgesetz zustande?

„Am Anfang“, so schrieb Professor Giese, Kommentator des Grundgesetzes, „war die Weisung. Eine solche (zur Ausarbeitung des Grundgesetzes – der Verf.) ging aus von den Militärgouverneuren der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands.“³¹ Tatsächlich geschah es so. Die Militärgouverneure überreichten am 1. Juli 1948 den westdeutschen Länderministerpräsidenten die sogenannten Frankfurter Direktiven. Was sahen sie vor? Sie enthielten den Auftrag an die Ministerpräsidenten, innerhalb kurzer Zeit eine Verfassung für den zukünftigen westdeutschen Staat auszuarbeiten. Dieser Staat sollte föderativ aufgebaut sein. Das ganze war von einer verfassungsgebenden Versammlung – einem „Parlamentarischen Rat“ – zu bestätigen, dessen Vertreter jedoch nicht gewählt, sondern ernannt wurden.³² „stern“ (8. 3. 1973) schildert diese für die Spaltung Deutschlands verhängnisvolle Aktivität der Westmächte so: „Am 1. Juli bestellten die Militärgouverneure die elf westdeutschen Länderchefs ins amerikanische Hauptquartier nach Frankfurt. Sie übergaben ihnen drei Papiere: 1. den Auftrag zur Ausarbeitung einer Verfassung, 2. den Auftrag zur Neugliederung der westdeutschen Länder, 3. die Ankündigung eines Besatzungsstatuts, mit dem sich die Alliierten Kontrollbefugnisse über den zukünftigen Staat vorbehielten.“

Das war ein folgenschwerer Auftrag. Die westdeutschen Politiker hatten das auch erkannt. Reinhold Maier, langjähriger Länderchef in Württemberg-Baden, machte daraus später in einem „Spiegel“-Interview kein Hehl: „Die Herren, mit denen ich damals zu tun hatten, sagen wir Herr Kaisen aus Bremen, Herr Hinrich Wilhelm Kopf aus Hannover, Herr Arnold aus Düsseldorf – wir haben alle miteinander, als uns da am 1. Juli 1948 die Militärgouverneure die Dokumente übergaben, wonach wir die Möglichkeit hatten, die Bundesrepublik zu begründen, wir haben alle miteinander, auch ich, wirkliche Manschetten davor gehabt, einen deutschen Beitrag zur Teilung Deutschlands zu leisten.“³³

Bei diesen Zweifeln blieb es aber. Sie leisteten ihren Beitrag auf Weisung der Besatzungsmächte zur Spaltung unseres Vaterlandes. Die einzigen, die sich entschieden der deutschen Spaltung widersetzen, waren die Kommunisten. Ihre Vertreter verweigerten die Unterschrift unter das Grundgesetz mit der Erklärung: „Wir unterschreiben nicht die Spaltung Deutschlands!“³⁴ Die bürgerlichen Politiker beruhigten bald ihr Gewissen und deuteten den Auftrag zur Spaltung in ein gesamtdeutsches Anliegen um, nannten die Verfassungsgebende Versammlung bescheiden „Parlamentarischer Rat“ und die Verfassung „Grundgesetz“. Der Parlama-

rische Rat, der sich aus 65 ernannten Abgeordneten zusammensetzte, nahm seine Arbeit sofort auf. Denn die Westmächte mahnten zur Eile. Schon am 10. August 1948 trat ein vorbereitender Ausschuß unter Leitung des Sozialdemokraten Carlo Schmidt auf der Insel Herrenchiemsee in Oberbayern zusammen und arbeitete in knapp vierzehn Tagen die Grundzüge einer Verfassung aus. Bereits am 1. September 1948 begann er mit Beratungen über die westdeutsche Verfassung. Vorschläge der Vertreter der KPD – Max Reimann und Heinz Renner – die Diskussion einzustellen, statt dessen mit Vertretern der Ostzone zu verhandeln, einen Volksentscheid über die deutsche Einheit durchzuführen, eine gesamtdeutsche verfassungsgebende Nationalversammlung wählen zu lassen, verwarf die Mehrheit dieser Institution.³⁵

Schon im Juli 1948 hatten sich die Ministerpräsidenten gegen eine Volksabstimmung über die Verfassung ausgesprochen. Anträge darüber erhielten im Parlamentarischen Rat nie eine Mehrheit. War die Spaltung Deutschlands schon besiegelt?

Eine Chance für die deutsche Einheit

1949, im Frühjahr, blickten viele Menschen, vor allem aus Deutschland, hoffnungsvoll nach Paris. Was ging an der Seine vor sich? Deutschlands Zukunft stand zur Debatte. Die Außenminister der vier Siegermächte verhandelten erneut über Deutschland.

Diese gute Gelegenheit für gesamtdeutsches Handeln nahm der Deutsche Volksrat der Ostzone beim Schopf. Er wandte sich am 7. Mai 1949 an den Parlamentarischen Rat und empfahl gemeinsame Verhandlungen zwischen beiden Gremien. Worüber sollte gesprochen werden? Die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone wollten zusammen mit Politikern aus den Westzonen noch vor dem Zusammentreffen der Außenminister in Paris gemeinsame Ansichten der Deutschen über die Zukunft ihres Landes erarbeiten. Ein gemeinsam erarbeitetes Dokument sollte Einfluß auf den Gang der Ereignisse in Paris nehmen.

Der Vorschlag aus dem Osten fand bei den westdeutschen Politikern wiederum keine Gegenliebe. Verhandlungen mit den Deutschen ostwärts der Elbe wurden abgelehnt. Den Politikern aus dem Parlamentarischen Rat fehlte der Mut zu solchen Gesprächen. Der Parlamentarische Rat selbst antwortete auf das Verlangen des Deutschen Volksrates nur einen Tag nach der Aufforderung zu gemeinsamen Verhandlungen, nämlich am 8. Mai 1949, mit der Verabschiedung der Verfassung für den westdeutschen Staat. In der Abschlußdebatte bat Konrad Adenauer als Präsident des Parlamentarischen Rates die Militärgouverneure und die Länderparlamente, das Grundgesetz schnell zu genehmigen, weil er noch vor Beginn der Außenministerkonferenz vollendete Tatsachen schaffen wollte. „Diese Außenministerkonferenz aber, meine Damen und Herren“, mit diesen Worten wandte er sich an die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, „wird auch dann, wenn wir noch keine Bundesregierung haben, nicht

achtlos an der Tatsache vorübergehen können, die wir heute durch unseren Beschluß hier in Bonn geschaffen haben.“³⁶

Die Pariser Außenministerkonferenz brachte keine Einigung. Die Westmächte waren nicht bereit, ihre Politik gegen die Grundlagen der Viermächte-Politik von 1945 zu ändern, auf die Bildung des westdeutschen Staates zu verzichten. Die Sowjetunion ihrerseits verweigerte aus verständlichen Gründen einen Anschluß der Zone an den westdeutschen Staat. Die Westzonen waren faktisch zu diesem Zeitpunkt bereits ein Bestandteil des westlichen Militärblocks gegen die Sowjetunion. Die bürgerlichen Schöpfer des Grundgesetzes standen völlig auf der Seite der Westmächte. „Wir wollen nicht, daß durch die Verhandlungen in Paris etwa eine Annäherung der Zustände in den Westzonen an die in der Ostzone erreicht wird. Wir wollen keine Vermischung, sondern wir möchten, daß die Ostzone zu den gleichen Zuständen gelangt, in denen wir leben, damit wir dann die Einheit und die Freiheit Deutschlands als gesichert ansehen können.“³⁷

Dieses freimütige Bekenntnis gab kein anderer als Konrad Adenauer ab. Darum ging es ihm und den hinter ihm stehenden Kreisen des deutschen Monopolkapitals.

Rasch legte das Großkapital die letzte Wegstrecke von Potsdam nach Bonn zurück. Die Geburtsstunde der Bundesrepublik nahte. Am 12. Mai 1949 legten die politischen Vertreter des deutschen Großkapitals den westlichen Militärgouverneuren das kurzfristig ausgearbeitete Grundgesetz zur Genehmigung vor. Es war US-General Clays stolzeste Stunde. Er kommentierte sie in seinen Memoiren so: „Als die Sitzung beendet war, stießen wir mit den Deutschen auf den Erfolg der neuen Regierung an. Nun war der Bau des westdeutschen Staates fertig geworden. . .“³⁸ Wahlen zum Bundestag am 14. August 1949 standen am Ende dieses Weges. Die Spaltung Deutschlands wurde an diesem Tage Wirklichkeit. „Der neue Staat entstand ohne demokratische Legitimation“ – so resümierte rückschauend der oben schon zitierte „stern“. „Das Volk wurde weder gefragt, ob es überhaupt einen Teilstaat wollte, noch, wie er aussehen sollte. Kein Wähler hatte die Mitglieder des Parlamentarischen Rats zu ihren schwerwiegenden Entscheidungen ermächtigt. Sie waren nach alliierter Anweisung von den elf Länderparlamenten nach Bonn delegiert worden, sie arbeiteten eine Verfassung nach alliierten Richtlinien aus, und sie ließen diese Verfassung – und damit die Staatsgründung – von ihren Landtagen (also praktisch durch sich selbst) ratifizieren.“³⁹ Diese Verfassung „beurkundete die Spaltung Deutschlands“.⁴⁰

Die Entwicklung in Ostdeutschland

Wie sah die ostdeutsche Entwicklung zwischen 1945 und 1949 aus? Welche Zustände herrschten dort? Was gefiel den Großkapitalisten daran nicht? Was wollten sie verändern?

In Ostdeutschland vollzog sich in diesen Jahren eine Umwälzung. Es be-

gann 1945 mit der Säuberung des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft von Kriegsverbrechern und allen führenden Nazis sowie von den großen Nutznießern und Förderern des Hitlerregimes. Die Errichtung neuer demokratischer Selbstverwaltungsorgane von den Gemeinden bis zu den Ländern war der nächste Schritt. Es folgte die Aufteilung des Großgrundbesitzes zugunsten der Umsiedler und Kleinbauern. Eine Volksabstimmung erwirkte im Juni 1946 mit weit über 70 Prozent der abgegebenen Stimmen die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecherbetriebe und ihre Überführung in Volkseigentum. Eine Bildungs- und Schulreform brach die Bildungsvorrechte der besitzenden Klassen und Schichten.

Alle diese und andere Maßnahmen standen im Einklang mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, das kein „bolschewistisches“ oder „sowjetisches“ Abkommen war, sondern von allen Siegermächten beschlossen wurde. Zugleich handelte es sich um längst fällige gesellschaftliche Reformen, die übrigens nach 1945 in ganz Deutschland von der Volksmehrheit gefordert wurden, so zum Beispiel in Hessen, Nordrhein-Westfalen und auch in Berlin. Dort hatten die Volksvertretungen Gesetze zur Sozialisierung bestimmter Industriezweige beschlossen, die jedoch am Verbot der Besatzungsmächte scheiterten. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz hatten sich die Westmächte zur Durchführung einer Bodenreform in ihren Zonen verpflichtet. Aber diese und andere Verpflichtungen standen lediglich auf dem Papier oder wurden sogar schrittweise in ihr Gegenteil verkehrt.

Träger der genannten Umwälzungen in der Ostzone waren die dortigen Parteien und Organisationen, vor allem die SED, die aus der Vereinigung von KPD und SPD hervorgegangen war. Die sowjetische Besatzungsmacht unterstützte, im Unterschied zu den Westmächten, diese Reformbestrebungen der demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Ostzone.

Über die innere Ordnung in einem einheitlichen Deutschland gab es natürlich unterschiedliche, ja sogar entgegengesetzte Ansichten. Die Parteien der Ostzone strebten die Auseinandersetzung hierüber im Rahmen eines einheitlichen deutschen Staates an. Die Interessenvertreter des deutschen Großkapitals in den Parteien und Einrichtungen der westlichen Besatzungszonen waren jedoch damit nicht einverstanden. Sie fühlten sich damals offenbar nicht stark genug, eine solche Auseinandersetzung in den Grenzen eines einheitlichen deutschen Staates zu bestehen. Statt dessen entschieden sie sich, wie schon erwähnt, für die Entwicklung eines westdeutschen Staates unter den Fittichen der westlichen Besatzungsmächte. Die Bildung der Bundesrepublik sollte die Westzone von den zweifellos revolutionären Einflüssen aus dem Osten unseres Landes abschirmen und die Herstellung der alten kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung wieder ermöglichen.

Der Hintergedanke der deutschen Spaltung

Ein langjähriger politischer Gegenspieler Konrad Adenauers im Parlamentarischen Rat und im Bundestag, der bekannte kommunistische Politiker

und erste Oberbürgermeister Essens nach 1945, Heinz Renner, umriß einmal folgendermaßen die Politik Adenauers und der hinter ihm stehenden Kreise: „Ihre Politik der Unterwerfung unter die Pläne der Westmächte — alles das geht darauf zurück, daß Ihnen dieser politische und wirtschaftliche Kurs auf den Leib geschrieben ist, Herr Konrad Adenauer. Zwei Prozent Gewinn im Schatten des Dollars — das ist besser als Sozialisierung und Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher. Das ist der Inhalt Ihrer Politik. Ich habe schon einmal gesagt, daß Sie bewußt zu einer für Sie im Augenblick bösen Politik gute Miene machen, weil Sie auf den Augenblick warten, da Sie als Vertreter des deutschen imperialistischen Kapitals wieder offensive imperialistische Politik machen können.“⁴¹

Tatsächlich war ihre Devise nicht Wiedervereinigung mit dem anderen Teil Deutschlands, nicht Vermischung der bestehenden Verhältnisse in Ost und West, „sondern Befreiung des Verlorenen“. Beseitigung der im Osten Deutschlands entstandenen neuen Ordnung, Wiedererrichtung der alten Besitz- und Machtverhältnisse auch dort. Der Weg dahin sollte über die Gründung der Bundesrepublik, über ihre Eingliederung in das wirtschaftliche und militärische Bündnisssystem des Westens, schließlich über die Wiederaufrüstung Westdeutschlands führen.

So sollte das Rad der Geschichte zurückgedreht und verhindert werden, daß aus der Niederlage der Nazidiktatur auch eine Niederlage des Großkapitals wurde, das Hitler finanziert und an die Macht gebracht und am Kriege profitiert hatte.

Die hier angeführten Tatsachen sind in den Schulbüchern gewöhnlich nicht zu finden. Aber so sah wirklich der Weg von Potsdam nach Bonn aus. Die Politiker und Parteien in der Bundesrepublik, die heute vom „Unglück der deutschen Spaltung“ sprechen, haben in einem gar nicht weit zurückliegenden Zeitraum, als die Einigung Deutschlands noch leicht möglich war, selbst entscheidend dazu beigetragen, die nationale Spaltung herbeizuführen. Das ist die geschichtliche Wahrheit.

Anhang

- 1) Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961. Hauptband 1, zusammengestellt von Dr. Heinrich Siedler, Bonn – Wien – Zürich 1961, Seite 14
- 2) Abkürzung für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Hitlers
- 3) Kartelle, Syndikate und Trusts sind große wirtschaftliche Zusammenschlüsse bzw. Vereinigungen kapitalistischer Firmen
- 4) William D. Leahy „Ich war dort“, New York 1959, S. 499
- 5) Neuer Vorwärts, Hannover, 3.12.1954
- 6) James P. Warburg, Deutschland – Brücke oder Schlachtfeld, Stuttgart 1949, S. XI
- 7) J.F. Byrnes, In aller Offenheit, Frankfurt a.M. 1949, S. 254
- 8) Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1950, S. 33
- 9) Europa-Archiv, Bonn 1959, 14. Jahrgang, Spalte D 89
- 10) J. F. Dulles, War or Peace, New York 1950, deutsche Ausgabe: Humboldt-Verlag, Wien 1950, S. 229
- 11) Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1950, S. 189
- 12) Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, Berlin 1959
- 13) Ebenda, S. 130
- 14) New York Herald Tribune vom 30.12.1947
- 15) Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1950, S. 130
- 16) stern, Hamburg, 1.3.1973
- 17) Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung, Bonn, 13.6.1953
- 18) Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall, Frankfurt a.M. 1965, S. 492
- 19) Associated Press vom 5.10.1945
- 20) Der Spiegel, Hamburg, Nr. 41/1963, S. 80/81
- 21) Vgl. Im Schatten des Hungers, Hrsg. Hans Schlange-Schöningen, bearbeitet von Justus Rohrbach, Hamburg-Berlin 1955, S. 97
- 22) Näheres in „Marxistische Lehrbriefe“ D 1 „Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den drei Westzonen Deutschlands“
- 23) Jahrbuch der SPD 1946, Göttingen o.J., S. 77
- 24) Kölnische Rundschau vom 6.8.1946
- 25) Der Tag, Berlin (West), 29.8.1948
- 26) Vgl. Walter Vogel, Westdeutschland 1945 bis 1950, Teil 1, Koblenz 1956, S. 30
- 27) Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen, I. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 40. Sitzung, S. 275
- 28) Die Neue Zeit, Berlin, 3.4.1948
- 29) stern vom 8.3.1973
- 30) Vgl. Die Neue Zeitung, München, 8.6.1948
- 31) Giese, Kommentar zum Grundgesetz, Frankfurt a.M. 1951

- 32) Vgl. Dokumente der deutschen Politik und Geschichte, Hrsg. Johannes Hohlfeld, Bd. 6, Berlin, S. 320
- 33) Der Spiegel, Hamburg, 27.2.1957, S. 23
- 34) Vgl. Parlamentarischer Rat, Stenographischer Bericht, Bd. I, Nr. 10, 10. Sitzung am 8.5.1949, S. 210
- 35) Parlamentarischer Rat, Stenographischer Bericht, 1. Band, Nr. 1, 1. Sitzung vom 1.9.1948
- 36) Parlamentarischer Rat, Stenographischer Bericht, 1. Band, Nr. 10, 10. Sitzung am 8.5.1949, S. 242
- 37) Ebenda, S. 242
- 38) Zit. in stern vom 8. 3. 1973
- 39) stern vom 8. 3. 1973
- 40) Ebenda

Zeittafel

- | | |
|----------------|--|
| 17.7.—2.8.1945 | Potsdamer Konferenz. Veröffentlichung des Potsdamer Abkommens. |
| 30.7.1945 | Bildung des Alliierten Kontrollrates in Berlin |
| 2.12.1946 | Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur Bizone |
| 6.6.1947 | Verkündung des Marshallplanes |
| 23.2.1948 | Londoner Konferenz der Westmächte berät die Bildung eines westdeutschen Staates |
| 18./19.3.1948 | II. Deutscher Volkskongreß für Frieden und Einheit in Berlin |
| 7.6.1948 | Veröffentlichung der „Londoner Empfehlungen“ |
| 20.6.1948 | Währungsreform in den Westzonen |
| 1.7.1948 | Militärgouverneure der Westmächte übergeben den westdeutschen Länderministern die „Frankfurter Direktiven“ |
| 1.8.1948 | Zusammenschluß der Bizone mit der französischen Besatzungszone zur Trizone |
| 1.9.1948 | Einsetzung eines Parlamentarischen Rates in den Westzonen |
| 8.5.1949 | Annahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat |
| 14.8.1949 | Wahl des Deutschen Bundestages |
| 7.9.1949 | Bildung des Bundestages und des Bundesrates |

SOZIALISTISCHE POLITIK

Erscheint zweimonatlich in Westberlin

- 18** Zu Rosa Luxemburgs ökonomischer Erklärung des Imperialismus / Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie / Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse / Klassenkämpfe in Großbritannien
- 19** Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der Übergangphase zum Sozialismus / Sozialistische ökonomische Integration /
- 20** Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen: Sackgassen und Perspektiven für Westberlin, Die Westberliner Arbeiterklasse / Dockerstreik in Großbritannien / Klassenkämpfe in Frankreich heute
- 21** Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse / Zur Entwicklung Westberlins 1945 - 1972 / Klassenkämpfe im Ruhrgebiet 1920 / Kapitalismustheorie in der DDR
-

Einzelheft DM 4,- Abonnement DM 20,-

Verlag u. Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Westberlin 41 Postf. 270 Postsch. 620 10 - 107

 **Morning Star** ★

 **L'Humanité**

Орган Центрального Комитета КПСС
ПРАВДА
Орган Центрального Комитета КПСС

Zeitung
zum Irtelburger Volk

UZ

Орган ЦЕНТРАЛЬНОГО КОМИТЕТА ДЕР СОЦИАЛИСТИЧЕСКОГО ЕДИНИТЕЛЬНОГО ПАРТИИ ДЕР ГДР
NEUES DEUTSCHLAND
ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINIGKEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Trybuna Ludu

International beachtet! Arbeiterzeitungen - Kommunistische Zeitungen

UZ
Unsere Zeit
zeitung der DKP

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck · Pothmannstraße 12

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter“ sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleiße (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1972:

- Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
- Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
- Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
- Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
- Heft 6 Zur Europapolitik
- Sonderheft Die Verträge von Moskau und Warschau und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft

Themen des Jahrgangs 1971:

- Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
- Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
- Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
- Heft 4 Politische Parteien in der BRD
- Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Bestellungen über den Buchhandel oder den



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Hedderheimer Ldstr. 78a